

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Druckerei  
und für Auswärtige die Postanstalten  
entgegen. — Erscheint wochentlich.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich für den Inhalt  
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.  
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.  
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.  
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1090

Nr. 256

Dienstag, den 3. November 1931

26. Jahrgang

### Dem Rüstungsfeierjahr zugestimmt

Berlin, 31. Okt. Unter der Überschrift „Deutschland und Frankreich akzeptieren das Rüstungsfeierjahr“ meldet das „Berliner Tageblatt“: Bis zum 1. November sollten sich nach dem Beschluß der Völkerbundsversammlung die zur Abrüstungskonferenz eingeladenen Staaten darüber äußern, ob sie bereit sind, den Vorschlag eines Rüstungsfeierjahres, das mit dem 1. November beginnen soll, anzunehmen. Wie wir erfahren, ist die deutsche Antwort bereits nach Genf abgegangen. Es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß die Antwort nur zustimmend ausgefallen sein kann. Ueber die Einzelheiten der deutschen Antwort wird die Öffentlichkeit im Laufe des Montags unterrichtet werden.

#### Zustimmung Amerikas zum Rüstungsfeierjahr

London, 30. Okt. Wie Reuter aus Washington meldet, ist die offizielle Erklärung, daß die Vereinigten Staaten dem Völkerbundsplan einer einjährigen Rüstungspause zustimmen, nach Genf telegraphiert worden.

#### Frankreich zum Vorschlag des Rüstungsfeierjahres

Paris, 31. Okt. Das französische Außenministerium hat heute an den Generalsekretär des Völkerbundes

die Antwort der französischen Regierung auf den Rüstungswaffenstillstandsvorschlag erteilt, der am 29. September von der Völkerbundsversammlung als Entschliebung angenommen wurde. In der Antwort gibt die französische Regierung bekannt, daß sie, wenn der Rüstungswaffenstillstand von den Frankreich benachbarten Ländern beobachtet werde, ebenfalls bereit sei, sich im Rahmen der von der Völkerbundsversammlung angenommenen und unter den durch den Begleitbericht definierten Bedingungen anzuschließen.

#### Dänemark für Rüstungsstillstand

Kopenhagen, 30. Okt. Das Ministerium des Aeußeren teilt mit: Der Minister des Aeußeren hat heute dem Sekretariat des Völkerbundes telegraphisch mitgeteilt, daß die dänische Regierung dem Vorschlag des Völkerbundes über einen einjährigen Rüstungsstillstand ab 1. November ds. Js. ohne Vorbehalt ihre Zustimmung gibt.

#### Spanien stimmt zu

Madrid, 30. Okt. Der Ministerrat hat beschlossen, der Genfer Resolution über den Rüstungsstillstand zuzustimmen.

### Die kommenden Reparationsverhandlungen

Berlin, 30. Okt. Zu den in der deutschen und ausländischen Presse umlaufenden Nachrichten über die kommende Regelung des Reparationsproblems wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß der deutsche Votschafter in Paris nicht den Auftrag erhalten hat, die Entwurfung des beratenden Sonderausschusses der V.B. zu beantragen. Votschafter von Hoersch wird erst heute in Berlin eintreffen und mit dem reparationspolitischen Ausschuss des Reichskabinetts Besprechungen haben.

Im übrigen ist man in politischen Kreisen der Auffassung, daß, wenn tatsächlich der beratende Sonderausschuss der V.B. zusammenberufen werden sollte, er zu keinerlei anderen Ergebnissen kommen könnte als die bisherigen Sachverständigen-Gutachten. So hat z. B. der Bericht der Wiggins-Kommission das Problem, das jetzt erneut zur Diskussion steht, bereits im August klar und deutlich umrissen, indem er von der untrennbaren Verbundenheit der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft ausgeht und eine Sanierung der Weltwirtschaft ohne eine vorherige Sanierung Deutschlands für undurchführbar bezeichnet und zu diesem Zweck den Abbau der äußeren Schuldenlast Deutschlands fordert. Es verdient in diesem Augenblick weiter daran erinnert zu werden, daß der Wiggins-Bericht als Voraussetzung für die notwendige Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Schulden einmal die Schaffung einer Basis gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutschland und seiner Umwelt und weiter die Regelung der äußeren Verpflichtungen Deutschlands nennt.

### Beratungen über die Stillhaltefrage

Berlin, 31. Oktober. Wie wir erfahren, ist der Stillehalteauschuss des Wirtschaftsbeirates heute vormittag um 11 Uhr in der Reichstagskammer zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Der Kanzler hat außer den gestern bekannt gegebenen vier Hauptmitgliedern auch noch einige Spezialfachleute hinzugezogen, und zwar außer dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, Ostar Wassermann von der Deutschen Bank, Dr. Feibels, Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, Direktor Bachem von der Arbeiterbank, Gustav Schlieper (DD-Bank), Franz von Mendelssohn, Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer, Samuel Rißler, Vorstandsmitglied der Reichsbank, Rudolf Böh (Bankhaus Mendelssohn) und Otto Wolff-Rön. Welles nimmt natürlich auch der Reichsfinanzminister an der Sitzung teil. Besonders wichtig dürfte auch die Anwesenheit des Votschafters von Hoersch sein, der über die politische Seite des Problems besonders gut informiert ist.

Die Dringlichkeit dieser Stillhalteberatungen spiegelt sich deutlich in der heutigen Auslandspresse wieder, die in erster Linie von dem Thema der kurzfristigen Schulden beherrscht wird. Das zeigt jedenfalls, wie notwendig es ist, einen wohlüberlegten Aktionsplan auszuarbeiten. Er wird im Prinzip darauf hinauslaufen müssen, daß die Kreditabgabe, die über die Stillhaltevereinbarungen hinausgehen, wirksam abgedreht werden. Außerdem wird man die Möglichkeit einer rechtzeitigen Verlängerung des Stillhalteabkommens ins Auge fassen und überlegen müssen, ob nicht ein Teil dieser kurzfristigen Schulden in langfristige umgewandelt werden kann. Darüber hinaus wird man auch die grundsätzlichen Fragen nicht übersehen, die die Basis des ganzen Kredit- und Stillhalteproblems bilden, wie sie im Dayton-Bericht mit aller Eindringlichkeit behandelt worden sind.

Es geht nicht an, daß die Ausfuhr Deutschlands, die schließlich die Voraussetzung unserer Kreditkraft ist, dadurch geschmälert wird, daß eine Reihe von Staaten jetzt Sonderzölle handelspolitischer Art herauszuschlagen sucht. Der Ausschuss muß aber auch die Wege zeigen, auf denen diese Forderungen wirksam abzuwehren sind. Die Beratung dieser Dinge wird bis etwa Mitte nächster Woche dauern. Vorher können die anderen Ausschüsse schon deshalb nicht zusammengekehrt werden, da dieselben Persönlichkeiten in verschiedenen Ausschüssen tätig sein müssen, so z. B. der Reichsfinanzminister und der Reichsbankpräsident. Unter diesen Umständen hat der Kanzler es für richtig gehalten, die Arbeit zunächst auf die Stillhaltefrage zu konzentrieren.

### Der Reichsbank-Kreditverlängerung

Berlin, 31. Oktober. Bekanntlich hatte der Verwaltungsrat der V.B. in seiner letzten Sitzung beschlossen, seinen Anteil von 25 Millionen Dollar an dem der Reichsbank gewährten 100-Mill.-Dollar-Kreditverlängerung um weitere drei Monate, das heißt bis zum 4. Februar 1932 zu verlängern und gleichzeitig den weiteren Reichsbankkredit beteiligten Zentralnotenbanken Frankreichs, Englands und den Vereinigten Staaten vorgeschlagen, auch ihrerseits diese Verlängerung vorzunehmen. Wie die V.B. hört, ist nunmehr auch von den genannten Banken die Zustimmung zur Verlängerung um ebenfalls drei Monate erteilt worden.

### Amtsvertreterwahlen in Mecklenburg-Schwerin

Schwerin, 2. Nov. Die gestern in Mecklenburg-Schwerin abgehaltenen Amtsvertreterwahlen werden den Amtsverwaltungen (Landkreistagen) ein völlig verändertes Bild geben. Die Nationalsozialisten haben in allen Ämtern beträchtliche Gewinne zu verzeichnen, die zwischen 20 und mehr als 100 Prozent seit den letzten Reichstagswahlen betragen. Die Sozialdemokraten haben in einigen Ämtern bis zu 40 Prozent ihrer Stimmen zum Teil an die Kommunisten und wie es nach den vorläufigen Ergebnissen scheint, insbesondere in den Landbezirken, auch an die Nationalsozialisten abgegeben. In einem Amt ist allerdings ein sozialistischer Stimmengewinn von etwa 15 v. H. zu verzeichnen. Die Stimmzunahme der Kommunisten ist geringer, als man im allgemeinen erwartet hatte. Sie beträgt in einigen Ämtern zwischen 10 und 25 Prozent. In zwei Ämtern sind nach den vorläufigen Wahlergebnissen geringe Verluste der Kommunisten festzustellen. Die bürgerlichen Wirtschaftsparteien haben diesmal auf die Wähler nicht die von früher gewohnte Anziehungskraft ausgeübt. Die nationalsozialistischen bürgerlichen Parteien sind zusammengefallen, verloren gegenüber den letzten Reichstagswahlen 20 bis 70 Prozent ihres Wählerbestandes und zwar überwiegend an die Nationalsozialisten. Man wird bei dieser Gegenüberstellung berücksichtigen müssen, daß die Wahlbeteiligung bei diesen Kommunalwahlen im allgemeinen nicht so stark war, wie bei der letzten Reichstagswahl. Eine sozialistische oder etwa sozialistisch-kommunistische Mehrheit ist in keinem Amt erzielt worden. Mit Ausnahme von zwei Ämtern sind, wenn man die Nationalsozialisten zu den sogenannten

bürgerlichen Seite rechnet, ziemlich starke bürgerliche Mehrheiten entstanden. So ist z. B. in einem Amt die Zahl der bürgerlichen Amtsvertreter doppelt so groß wie die der Sozialisten und Kommunisten. In zwei Ämtern hat weder das Bürgertum einschließlich der Nationalsozialisten noch die sozialistisch-kommunistische Linke die Mehrheit erlangen können. In diesen beiden Ämtern ist Stimmgleichheit vorhanden.

### 10,22 Milliarden RM Sparkasseneinlagen Ende September

Berlin, 30. Okt. Ende September 1931 beliefen sich die Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 10 218,79 Millionen RM gegenüber 10 504,96 Millionen RM Ende August 1931. Der Berichtsmonat weist mithin eine Abnahme um 286,17 Millionen RM gegenüber einer Abnahme um 300,69 Millionen RM im August 1931 auf. Im einzelnen betragen die Einzahlungen 368,86 (August 354,08) Millionen RM, davon aus Aufwertung 2,61 (8,68) Millionen RM und aus Zinsgutschriften 2,88 (1,78) Millionen RM. Die Auszahlungen stellten sich auf 655,02 (654,85) Millionen RM. Die Schecks, Giro-, Kontokorrent- und Depositionseinlagen stellten sich Ende September 1931 auf 1212,04 (August 1246,86) Millionen RM. Der im Juni d. J. einsetzende Rückgang der Sparkasseneinlagen hat sich also auch im Monat September fortgesetzt. Die Verminderung der Sparkasseneinlagen hat in diesen vier Monaten eine Höhe von 1004,85 Millionen RM erreicht. Die Einzahlungen waren im September um 14,78 Millionen geringer als im August, die Auszahlungen waren um 0,17 Millionen RM niedriger als im August. Ende September